

Produktepiraterie in der EU strafbar

Die Europäische Kommission will den Kampf gegen die wachsende Produktepiraterie innerhalb der Europäischen Union verstärken. Für Imitationen und Piraterie sollen deshalb einheitliche Mindeststrafen auf der Basis von EU-Recht eingeführt werden. Die Kommission hat einen entsprechenden Richtlinienvorschlag präsentiert. Er ist die unmittelbare Folge eines EuGH-Urteils vom 13. September 2005. Demnach fallen „die zur tatsächlichen Umsetzung des Gemeinschaftsrechtes erforderlichen strafrechtlichen Vorschriften in die Zuständigkeiten der Gemeinschaft“. Die damit legitimierte Annäherung der strafrechtlichen Normen in den Mitgliedstaaten sei eine Mindestvoraussetzung im Kampf gegen das Übel des Diebstahls geistigen Eigentums. Er füge den Volkswirtschaften schweren Schaden zu, begründete EU-Justiz-Kommissar Franco Frattini seinen Vorschlag.

Hohe Mindeststrafen gefordert

Konkret soll bereits der Versuch, die Beihilfe oder die Anstiftung zur Verletzung von geistigem Eigentum als Straftat EU-weit geahndet werden. Wenn der Diebstahl von kriminellen Vereinigungen begangen wird oder durch Nachahmungen Leib und Leben von Menschen schwerwiegenden Gefährdungen ausgesetzt ist, sollen EU-Mitgliedsländer Höchststrafen von mindestens vier Jahren Gefängnis und Bussen von mindestens 100 000 € beziehungsweise 300 000 € vorsehen. Der Regelungsvorschlag soll für sämtliche Arten von Schutzrechtsverletzungen gelten. Produktenachahmung sowie der Diebstahl geistigen Eigentums seien häufiger lukrativer als andere Wirtschaftsdelikte. Und trotzdem würden sie in den meisten Mitgliedstaaten bisher weniger streng geahndet, so Frattini.

Die neuesten Statistiken der nationalen Zollverwaltungen in der EU zeigen, dass der Vorschlag der Europäischen Kommission in die richtige Richtung zeigt. So sind 2004 insgesamt 103 Mio Stück nachgeahmter Waren beschlagnahmt worden. Das sind 12% mehr als im Vorjahr und satte 1000% mehr als 1998. Vor allem die Zahl imitierter Nahrungsmittel und alkoholischer Getränke, die an den EU-Aussengrenzen abgefangen wurden, ist 2004 gegenüber dem Vorjahr um 200% auf 4,5 Mio Stück gestiegen.

Deutschland will EU-Gemeinschaftspatent

Vom Problem besonders betroffen sind exportorientierte Volkswirtschaften wie die Schweiz oder Deutschland. Die neue Bundesregierung in Berlin will sich künftig dafür einsetzen, geistiges Eigentum international besser zu schützen. Deutschland will die Frage deshalb zu einem Schwerpunktthema der deutschen G8-Präsidentschaft im kommenden Jahr machen. Bis dahin will sich die deutsche Justizministerin Brigitte Zypries innerhalb der EU für einen neuen Anlauf zur Einführung eines von der Wirtschaft schon lange geforderten Gemeinschaftspatentes einsetzen. Bisher war seine Einführung am Sprachen- und Übersetzungstreit innerhalb der EU gescheitert.